

Michael Hüther im iwd-Interview

Am Arbeitsmarkt jede Chance ergreifen

Für seinen Jahresausblick 2011 ist Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), in verschiedene Rollen geschlüpft. Im Interview mit dem wöchentlichen Newsletter des IW Köln, dem iwd, sagte der promovierte Volkswirt unter anderem, was er als Finanzminister tun und wie er als Hartz-IV-Empfänger handeln würde.

Als Finanzminister brächte Hüther in jedem Fall die Konsolidierung zu Ende: „Ich würde mit dem Rasenmäher an die Subventionen rangehen und überall 10 Prozent kürzen.“ Auch die hohen Zuschüsse an die gesetzlichen Krankenkassen sowie einige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bieten seiner Meinung nach Einsparmöglichkeiten. Wenn Deutschland in puncto Konsolidierung mit gutem Beispiel voranginge, dann ließe sich die Schuldenbremse mittelfristig sogar überall in Europa einführen, so Hüther. In wenigen Punkten seien aber auch Entlastungen richtig – so etwa bei der Einkommenssteuer, wo sich der IW-Direktor für die Abschaffung der kalten Progression ausspricht. Den Unternehmen würde Hüther in Form einer allgemeinen Forschungs- und Entwicklungsförderung unter die Arme greifen.

Die Heraufsetzung des Rentenalters hält Hüther für eine überfällige Anpassung – die auch mit verstärkter Zuwanderung nicht aufzuhalten sei. Das Zuwanderungsrecht in Deutschland sei intransparent und eigentlich ein „Zuwanderungsverhinderungsrecht“. Hüther: „Österreich ist uns da mit seiner Rot-Weiß-Rot-Karte weit voraus. Dieses Modell haben Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam entwickelt und es setzt ganz nüchtern am Bedarf des Arbeitsmarkts an.“

Befragt, was er als Hartz-IV-Empfänger tun würde, sagte Hüther: „Taxi fahren ist zwar nicht mein Traumjob, aber immer noch besser, als auf Kosten anderer zu leben.“ Man müsse jede Chance ergreifen, um in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Dafür würde er auch das zusätzliche Geld verwenden, das die Berechtigten im Rahmen der Hartz-IV-Reform künftig erhalten sollen.

Ansprechpartnerin im IW: **Ute Rübesamen, Telefon: 0221 4981-517**

Wir wünschen allen Lesern ein gutes neues Jahr!

IW-Direktor Michael Hüther

„Wenn es sein muss, würde ich auch Taxi fahren“

Herr Hüther, angenommen, Sie wären Hartz-IV-Empfänger und hätten – wie von der Arbeitsministerin angestrebt – irgendwann in diesem Jahr fünf Euro mehr im Monat. Was würden Sie mit dem Geld machen?

Wenn, dann wäre ich ja ein Hartz-IV-Empfänger mit Kind und würde deshalb auch noch Bildungsgutscheine bekommen. Ich hätte also etwas mehr finanziellen Freiraum, sodass mir vielleicht 50 Euro im Monat übrigblieben. Damit würde ich meine unzureichenden Social-Media-Kenntnisse aufpeppen.

Was würde Ihnen das bringen?

Heute muss man in sozialen Netzwerken mitwirken. Außerdem würde es – nicht zuletzt dank der momentan günstigen Arbeitsmarktlage – meine Chancen erhöhen, einen Job zu finden. **Aber wohl nur als Leih- oder Zeitarbeiter ...**

Mag sein, aber diese Jobs sind für viele die einzige Chance, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Wenn es sein muss, würde ich sogar ein paar Monate Taxi fahren. Das ist zwar nicht mein Traumjob, aber immer noch besser, als auf Kosten anderer zu leben.

Sie sagen: Auch wer einen Arbeitsplatz hat, sollte sich weiterqualifizieren. Warum?

Aus unseren Befragungen wissen wir, dass Unternehmen im Schnitt jähr-

lich etwa 1.000 Euro pro Beschäftigten für Weiterbildung ausgeben. Aber es hapert am Engagement für die Älteren: Nur ein Fünftel der 50- bis 64-Jährigen bilden sich fort. Angesichts des demografischen Wandels werden aber auch die Unternehmen über kurz oder lang mehr in die Weiterbildung investieren müssen.

Zweites Szenario: Sie sind Dachdecker, 63 Jahre alt und stehen kurz vor der Rente. Die Politik will das Rentenalter nun aber auf 70 Jahre hochsetzen. Was sagen Sie dazu?

Wahrscheinlich würde mich das gar nicht treffen, denn Erhöhungen des Renteneintrittsalters werden ja schrittweise über Jahre hinweg eingeführt. Als Dachdecker hätte ich mir aber ohnehin schon mit 57 oder 58 Jahren Gedanken gemacht, welche anderen Aufgaben es im Betrieb gibt. Es müssen ja nicht alle Mitarbeiter ihr Leben lang auf dem Dach rumturnen.

Gibt es solche Lösungen für alle körperlich anstrengenden Berufe?

Nein, deshalb sehen einige Tarifverträge für Arbeitnehmer, die besonderen Beanspruchungen ausgesetzt sind, Alternativen vor. In der Metall- und Elektro-Industrie etwa gibt es für 2,5 Prozent der Beschäftigten, die vorher im Schichtbetrieb gearbeitet haben, die Möglichkeit der Altersteilzeit. Und in

der Chemiebranche wird mit dem gleichen Ziel laufend in einen Tariffonds eingezahlt. Wir haben also hinreichend Antworten und Lösungen auf diese Fragen.

Auch Sie plädieren für die Rente mit 70. Ist der Generationenvertrag gescheitert?

Als die gesetzliche Rentenversicherung im 19. Jahrhundert eingeführt wurde, lag das Rentenzugangsalter bei 70 Jahren, das war damals die durchschnittliche Lebenserwartung. Dann wurde das Rentenalter auf 65 Jahre runtergesetzt, das war eine reine Zufallszahl, die man nie angepasst hat. Man hätte das Rentenzugangsalter ja auch mit dem Anstieg der Lebenserwartung verbinden können. Erst heute haben wir solche Anpassungsprozesse, und die sind unvermeidbar.

Die Rente ist also ein Auslaufmodell?

Nein, aber die gesetzliche Rente ist eben nur ein Teil der Altersversorgung. Man muss zusätzlich privat und betrieblich vorsorgen. Dann ist die Rentenversorgung im Alter künftig sogar besser als heute.

Wäre Zuwanderung nicht die bessere Lösung für die Rentensicherung?

Nur eine Hilfe, keine Lösung. Bei einer Nettozuwanderung von 500.000 Menschen im Jahr müssten wir – weil ja gleichzeitig viele abwandern – brut-

Rot-Weiß-Rot-Karte

Österreich will mit der Rot-Weiß-Rot-Karte die Zuwanderung aus Drittstaaten neu regeln: Ab 1. Juli 2011 dürfen ausländische Akademiker und Facharbeiter in die Alpenrepublik einreisen, wenn sie einen Arbeitgeber nachweisen können. Nach einem Jahr im Land sollen sich die ausländischen Fachkräfte selbstständig einen anderen Arbeitgeber suchen dürfen.

Schuldenbremse

In Deutschland gilt ab dem Jahr 2011 die Schuldenbremse. Demnach soll die strukturelle – also die nicht konjunkturbedingte – Nettokreditaufnahme des Bundes maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen, die Länder dürfen gar keine strukturellen Schulden mehr machen. Für den Bund sind bis Ende 2015 Abweichungen möglich, für die Länder bis Ende 2019.

to etwa 1,2 Millionen Menschen integrieren, das ist unrealistisch. Dennoch hilft uns Zuwanderung – vor allem dort, wo Fachkräfte fehlen.

Das klingt, als warteten ausländische Fachkräfte nur darauf, nach Deutschland zu kommen.

Leider nicht, denn wir senden die falschen Signale aus. Das Zuwanderungsrecht in Deutschland ist intransparent. Eigentlich ist es ein „Zuwanderungsverhinderungsrecht“ und tatsächlich sind wir schon seit zwei Jahren ein Netto-Abwanderungsland. Österreich ist uns da mit seiner **Rot-Weiß-Rot-Karte** weit voraus. Dieses Modell haben Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam entwickelt und es setzt ganz nüchtern am Bedarf des Arbeitsmarkts an.

Die dritte Rolle, in die wir Sie zu schlüpfen bitten, ist die des Finanzministers: Sie müssen den Euro retten, Geld verteilen und sparen. Wie schaffen Sie diesen Spagat?

Ich würde die Konsolidierung fortsetzen und forciert zu Ende bringen. Das würde uns im Übrigen bei unseren Nachbarn Glaubwürdigkeit verleihen und es erleichtern, die **Schuldenbremse** überall in Europa einzuführen.

Konsolidieren heißt sparen – nur wo und wie?

Ich würde mit dem Rasenmäher an die Subventionen rangehen und in einem ersten Schritt überall 10 Prozent kürzen. Mutiger wäre ich bei der Durchforstung der aktiven Arbeits-



marktpolitik. Auch die hohen Zuschüsse an die gesetzlichen Krankenkassen würde ich reduzieren, allerdings müsste dafür zunächst ein echter Wettbewerb im Gesundheitswesen herrschen. Wir brauchen einen Versicherungsmarkt, auf dem private und gesetzliche Kassen gleichberechtigte Konkurrenten sind.

Und wer bekommt mehr Geld?

Ich würde die **kalte Progression** bei der Einkommenssteuer abschaffen und für die Unternehmen eine allgemeine Forschungs- und Entwicklungsförderung einführen, denn Wachstum braucht Innovationen.

Fehlt noch die Bildung ...

Bildung ist primär Aufgabe der Länder und deshalb sollte bei der Finanzierung nicht immer sofort nach dem Bund gerufen werden. Die bestehenden Hochschulpakete würde ich aber weiterfinanzieren.

Um die Hochschuletats zu päppeln, könnten Sie natürlich auch die Studenten stärker zur Kasse bitten.

Ich bin für Studiengebühren, aber nur, wenn es ein bundesweites System von Studendarlehen gibt. Wir bräuchten auch gar nicht so exorbitant hohe Gebühren wie etwa in Großbritannien; es würde reichen, wenn man von allen Studenten 500 Euro pro Semester verlangte. So kämen im Jahr 2 Milliarden Euro als freie Mittel zusammen, das sind mehr als die zweckgebundenen 1,9 Milliarden Euro für die **Exzellenz-Initiative**.

Apropos Exzellenz: Immer mehr junge, gut ausgebildete Menschen kehren Deutschland den Rücken. Warum sollten sie bleiben?

Deutschland ist ein tolles Land! Die Infrastruktur stimmt in weiten Teilen, die Wertschöpfung funktioniert, unser Bildungssystem ist bei allen Verbesserungsoptionen in der Breite gut, wir sind ein Land der Kultur und der Urbanität. Außerdem ist Deutschland landschaftlich unheimlich vielfältig und attraktiv.

Kalte Progression

Darunter verstehen Ökonomen eine steuerliche Mehrbelastung, die eintritt, da die Einkommenssteuersätze nicht an die Inflation angepasst werden. In einem progressiven Steuersystem, bei dem der Steuersatz mit dem Einkommen steigt, führt das zu einem Verlust an Kaufkraft, wenn die Lohnerhöhungen nur ausreichen, um den Anstieg der Verbraucherpreise auszugleichen.

Exzellenz-Initiative

Mit der Exzellenz-Initiative fördern Bund und Länder im Rahmen eines Wettbewerbs die Spitzenforschung an einzelnen deutschen Hochschulen. Für die ersten beiden Auswahlrunden, deren Förderung noch bis 2012 läuft, standen 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung. In der dritten Runde beträgt das Fördervolumen dann 2,7 Milliarden Euro.